



# Der Rote Hahn

INFORMATIONSBLATT DER PARTEI **DIE LINKE.** FRANKFURT (ODER)

AUSGABE 04.2018 | 26. April 2018

SPENDENBEITRAG AB 0,50 €



~~Frankfurt geht~~ wird besser

## René Wilke wird neuer Frankfurter Oberbürgermeister

René Wilke wird der nächste Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder). Mit 62,5 Prozent der Stimmen ließ er bei der Stichwahl am 18. Mai den Amtsinhaber Martin Wilke (parteilos) deutlich hinter sich.

„Ich freue mich sehr, die Wahl zum Oberbürgermeister von Frankfurt gewonnen zu haben und möchte mich herzlich für ihre Stimme bedanken“, sagte René Wilke. „Die offizielle Amtsübergabe findet am 6. Mai statt. Bis dahin bleibe ich ihr Stadt-

verordneter und Landtagsabgeordneter. In dieser Rolle werde ich bis zur Amtsübergabe ebenso wie als künftiger OB mit allen AkteurlInnen in der Stadt konstruktiv zusammenarbeiten, damit Frankfurt besser geht. In den nächsten Tagen, Wochen, Monaten und Jahren wartet viel Arbeit auf uns, packen wir es gemeinsam an!“

Mit René Wilke stellt die LINKE erstmals im Land Brandenburg den Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt. Dieser großartige Erfolg hat bundesweit Beachtung

gefunden und zweierlei gezeigt: Mitte-Links-Bündnisse sind weiterhin erfolgversprechend, wenn die Akteure auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Und mit einer authentischen Persönlichkeit und einer Politik, die auf die Bürger\*innen zugeht und sie ehrlich einbezieht, können Wahlen gewonnen werden.

*Thomas Nord*  
(Kreisvorsitzender/ MdB)

### 1. Mai: 26. Brückenfest

ab 11:00 Uhr auf der nördlichen Oderpromenade  
ab 19:00 Uhr "After Vibes" mit Kesh, John Apart, Mirco Niemeier & College Boy Solo

**Dem Kapitalismus Paroli bieten!**

Seite 3

**Die Mühen der Ebene stehen uns bevor**

Seite 5

**Für eine Welt ohne Krieg**

Seite 7



## Termine

28. April

### Zukunftstag für Mädchen und Jungen (ehem. Girls-Day)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder), Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaften, Depot 2004 e.V.

01. Mai, 11:00 Uhr - 18:00 Uhr

### 26. Brückenfest

📍 Nördliche Oderpromenade Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder), Allgemeiner Studentischer Ausschuss (AStA) der Europa-Universität Viadrina, pureFM

01. Mai, 19:00 Uhr

### "After Vibes"

mit Kesh, John Apart, Mirco Niemeier und College Boy Solo

01. Mai

### Tag der Arbeit

02. Mai

### Remembrance & Resistance Tag

Der 2. Mai ist der internationale Tag zur Erinnerung an die Verbrechen der NS-Psychiatrie und ihrer Ko-operateure und Tag des Widerstandes gegen die Zwangspsychiatrie.

06. Mai, 14:00 Uhr

### Amtseinführung von Oberbürgermeister René Wilke

St. Marien Frankfurt (Oder), Oberkirchplatz 1

05. Mai

### Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Bund der Antifaschisten Frankfurt/Oder e.V.

08. Mai, 17:00 Uhr

### Gedenkkundgebung zum Tag der Befreiung

Der Bund der Antifaschisten Frankfurt (Oder) e. V. am Sowjetischen Ehrenmal in der Frankfurter Lindenstraße (auf dem Anger) mit einer Gedenkkundgebung den diesjährigen Tag der Befreiung begehen. Zur Teilnahme an diesem Gedenken laden wir herzlich ein. Blumen können am Ehrenmal gekauft werden. <http://frankfurtoder.vvn-bda.de/>

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

08. Mai, 14:00 Uhr

### Beratung BO Süd

📍 Juri-Gagarin-Ring 11 "Rosen Stübchen"

08. Mai

### Tag der Befreiung

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

09. Mai, 17:30 Uhr

### Beratung des Kreisvorstandes

u.a. Auswertung Brückenfest

📍 Kreisgeschäftsstelle, Beratungsraum, Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

12. Mai

### Internationaler Tag der Pflege (Tag der Krankenpflege)

15. Mai

### Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerer

17. Mai

### Internationaler Tag gegen Homophobie

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

23. Mai, 17:30 Uhr

### Beratung des Kreisvorstandes

u.a. zur Vorbereitung des Kreisparteitages am 26. Mai

📍 Kreisgeschäftsstelle, Beratungsraum, Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

23. Mai

### Tag des Grundgesetzes

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

26. Mai, 09:00 Uhr

### 4. Tagung des 6. Kreisparteitages

📍 Lenné-Schule, Richtstraße 13, 15234 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

30. Mai, 17:30 Uhr

### Konstituierung des Kreisvorstandes

Kreisgeschäftsstelle, Beratungsraum, Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

01. Juni

### Internationaler Kindertag

## Historische Ereignisse

11. April 1945

Befreiung des KZ Buchenwald

11. April 1945

Befreiung des KZ Mittelbau-Dora

12. April 1961

Juri Gagarin: erster Flug eines Menschen in das Weltall

15. April 1945

Befreiung des KZ Bergen-Belsen

19. April 1943

Beginn des Aufstandes im Warschauer Ghetto. Er wird blutig niedergeschlagen.

22. April 1945

Befreiung des KZ Sachsenhausen durch polnische und sowjetische Soldaten

23. April 1945

Befreiung des KZ Flossenbürg

26. April 1986

Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl

29. April 1945

Befreiung des KZ Dachau

30. April 1945

Befreiung des KZ Ravensbrück

## Jahrestage

23. April 1942

### † Olga Benario

Olga Benario wurde 1942 zusammen mit anderen Häftlingen des KZ Ravensbrück in der Tötungsanstalt Bernburg vergast.

29. April 1885

### \* Egon Erwin Kisch

05. Mai 1818

### \* Karl Marx

14. Mai 1928

### \* Che Guevara

19. Mai 1909

### \* Nicholas George Winton

## Einberufung der 4. Tagung des 6. Kreisparteitages

auf der Kreisvorstandssitzung am 11.04.2018 beschloss der Kreisvorstand, am 26.5.2018 die 4. Tagung des 6. Kreisparteitages durchzuführen. Unter anderem soll eine neue Kreisvorsitzende oder Kreisvorsitzender gewählt werden und ebenso eine Kreisgeschäftsführerin bzw. ein Kreisgeschäftsführer.

**Kandidaturen können vorher der Kreisgeschäftsstelle angezeigt werden.**

## Zum Geburtstag gratulieren wir sehr herzlich:

**Margot Luther** am 22.04. zum 88.; **Anneliese Behnke** am 28.04. zum 87.; **Anita Luft** am 29.04. zum 82.; **Horst Hübner** am 30.04. zum 80.; **Rosemarie Hoffmann** am 03.05. zum 86.; **Gudrun Lindner** am 03.05. zum 76.; **Erhard Friedemann** am 11.05. am 87.; **Wolfgang Krüger** am 11.05. zum 70.; **Ilse Tschernitschek** am 11.05. zum 81.; **Siegmond Hawlitzky** am 17.05. zum 82.; **Eva Glöckner** am 24.05. zum 85.; **Willy Engel** am 25.05. zum 87.; **Karl-Heinz Deckwerth** am 26.05. zum 86.; **Monika Nauschütz** am 27.05. zum 77.; **Anneliese Schunke** am 29.05. zum 81.; **Magdalena Bakalara** am 30.05. zum 87.; **Gertrud Heuckrodt** am 31.05. zum 91.



Stand 16.03.2018

# Dem Kapitalismus Paroli bieten

## 200 Jahre Karl Marx

**M**arx wurde in einem bewegten Zeitalter geboren. Napoleon war geschlagen, der Wiener Kongress drei Jahre her. Die Dampfmaschine war erfunden, der Webstuhl und andere industrielle Maschinen revolutionierten die Produktion. Die Restauration hatte gegen Napoleon gewonnen, im Kampf gegen das heraufziehende Industriezeitalter stand sie auf verlorenem Posten. In diesem repressiven Klima wurde der kritische Journalist Karl Marx zum politischen Flüchtling. Paris war nicht weit genug weg, um dem langen Arm der wilhelminischen Unterdrückung zu entfliehen. Erst das Vereinigte Königreich mit seiner konstitutionellen Monarchie und dessen Hauptstadt London war für ihn ein sicherer Ort.

In den Umbrüchen von der Agrar- zur Industriegesellschaft gingen massenhaft Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren. Neue Arbeit entstand in den Fabriken, aus Leibeigenen und Bauern wurden Arbeiter, die der Willkür des entstehenden Kapitalismus ausgesetzt waren. Der politische Flüchtling Marx traf in London auf den entstehenden kommunistischen Widerstand gegen die Ausbeutung und Unterdrückung. Durch die Wendung der bis dahin favorisierten idealistischen Philosophie in eine materialistische entwickelte er in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Theorie vom unversöhnlichen Klassengegensatz. Der Weg zur klassenlosen Gesellschaft konnte nur durch die Revolution des Proletariats und die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse erreicht werden. Dieser Weg fand in Deutschland, in Europa und Russland im Umbruch der 1990er Jahre sein politisches Ende, eine globale neoliberale Offensive setzte ein.

Nahezu dreißig Jahre nach dem Mauerfall hat die materialistische Weltanschauung von Marx wieder eine hohe Attraktivität. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass in den Jahren der neoliberalen Vorherrschaft die soziale Frage beständig größer geworden ist. Die materialistische Philosophie basiert auf der Annahme, dass die technologische Produktionsweise die gesellschaftliche Seinsweise bestimmt und in der Folge auch die gesellschaft-

liche Ordnungsweise und ihre staatlichen Institutionen. Wenn sich nun die technologische Basis der Produktionsweise grundlegend verändert, folgt daraus mit einer nicht exakt zu bestimmenden zeitlichen Verzögerung eine stetige Veränderung in Wirtschaft, Gesellschaft und staatlicher Ordnung.

In etwa 1770 setzte mit der Patentierung der Dampfmaschine die industrielle Revolution ein, die Karl Marx erlebt, beschreibt und versucht, in ihren ökonomischen und politischen Folgen greifbar zu machen.



Ende der 1860er Jahre wurde die Stromerzeugung serienreif. 1886, drei Jahre nach dem Tod von Marx gelang die erste Energieübertragung mit Wechselstrom. In den 1940ern wurde der erste Computer erfunden und seit der Erfindung des Internet mit all seinen Facetten versuchen wir zu verstehen, was daraus für wirtschaftliche, politische, kulturelle und soziale Folgen resultieren. Wie sich Kapital und Arbeit und das Verhältnis beider zueinander verändern. Was aus diesen Änderungen für Änderungen im institutionellen Gefüge resultieren?

Eine allgegenwärtige Folge ist die Globalisierung von Produktion, Distribution und Kommunikation. Es sind in Windeseile neue weltumspannende Konzerne wie face-

book und google entstanden. Wir sehen das Ringen der Weltmächte um Vormachtstellung und Neuordnung. Die Schrumpfung der USA von der Rolle als Weltpolizist und westlicher Leitmacht. Den Aufstieg Russlands zu einer Globalmacht und den Aufstieg Chinas, das mit dem Projekt zu einer neuen Seidenstraße die globalen Warenströme neu organisieren und die Handelsbeziehungen neu gewichten will. Materiell ermöglicht wird dies durch die Computertechnik wie seinerzeit die Industrialisierung der Frühzeit durch die Dampfmaschine und die Erfindung des Stroms.

Mit der Erhöhung der Innovationsgeschwindigkeit steigt die Folgeschwindigkeit bzw. der Anpassungsdruck. Teils sind sie so hoch, dass man Schwierigkeiten bekommt, den Anschluss nicht zu verlieren. An die technologische Entwicklung, an die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Folgen.

Aus diesen beiden Gesichtspunkten heraus, Folgen der Digitalisierung in Produktion, Distribution und Kommunikation einerseits und Neugewichtung der globalen politischen Machtverhältnisse andererseits wird auch die Frage nach der Zukunft der Europäischen Union gestellt.

# Fortsetzung der "Armut"



Es ist das Jahr 1990 – Halbleiterwerk, BMK Ost, WWK, Tiefbaukombinat, Getränkekombinat, VEB Betonwerk, VEB Spezialbau Potsdam, Marö Kaffeerösterei, Energiekombinat, Odera Spez. Produktion usw. usw., werden personalmäßig abgewickelt.

Ein Teil der Menschen hat in den „alten Bundesländern“ neue Arbeit gefunden, ein Teil hat neue Arbeit in Frankfurt (Oder) und Umgebung gefunden. Und ein Teil ist in Rente gegangen. Aber es sind noch viele übrig geblieben die keine adäquate Arbeit für sich gefunden haben. Über ABM, später „Ein-Euro-

gelandet und zählen heute zu den sogenannten Langzeitarbeitslosen. Seit 2007 wird für Hartz IV Empfängern keine Rentenbeiträge in die Rentenkasse eingezahlt. Mit fatalen Folgen für die Betroffenen. Nach Hartz IV droht ihnen nun mehr die Grundsicherung in Alter, was nichts anderes bedeutet als Altersarmut bis zum Lebensende. Wir reden hier auch nicht von einer Rente, sondern von einer Sozialleistung, die auch Kinder bei entsprechendem Einkommen zur Unterstützung ihrer Eltern, mit heran zieht. Zum 31.12.2016 bezogen 20.962.678 Menschen in diesem Land eine Rente von der Deutschen Rentenversicherung.

Jobs“, kommunaler Kombi usw. versuchen sie über die Runden zu kommen.

Viele von ihnen haben zu dem Zeitpunkt nicht an ihre Rente gedacht. Seit 2005 sind viele von ihnen im Hartz IV Bereich

Davon erhielten 12.099.219 eine Bruttorente bis 1050,- Euro. Das bedeutet schon heute, wenn Krankenkasse und Pflegeversicherung abgezogen wird, das die Grundsicherung im Alter nur ein wenig überschritten wird. Mehr als eine Million an Rentnern versucht mit Minijobs ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern. Tendenz weiter steigend.

Für Frankfurt (Oder) sind zum 31.12.2016 881 Menschen offiziell in Grundsicherung gemeldet (Dunkelziffer liegt bei 25% die auf Grundsicherung verzichten). Von den 996 Langzeitarbeitslosen in Frankfurt (Oder), werden in den nächsten Jahren fast alle in die Grundsicherung im Alter gehen. Es gibt noch immer ein paar Aktivisten, die im Aktionsbündnis Frankfurter Montagsdemo mitmachen. Sie alle werden in den nächsten Jahren in die Grundsicherung im Alter gehen. Die neue Bundesregierung hat das Rentenproblem auf das Jahr 2025 (Einfrierung des Rentenniveaus auf 48%) verschoben, mit fatalen Folgen für die Betroffenen (Wohnungsmarkt, Gesundheit usw.).

*Joachim Wawrzyniak*

# Dem Kapitalismus Paroli bieten

## ► Fortsetzung von Seite 3

Die Vollendung der Europäischen Union wird als ein logischer institutioneller Schritt gesehen, der sich aus dem Digitalen Fortschritt und seinen Folgen ergibt. Es ist in dieser Sicht nur eine Frage, wie er vollzogen wird. Ob es wie im Umbruch von den Reichen zu den Nationen wieder zu Kriegen und Revolutionen kommt? Oder ob der Mensch lernfähig ist und die politischen Anpassungsprozesse, die aus dem technologischen Fortschritt resultieren, bruchlos vollzieht?

Wenn man mit dem Blick von Karl Marx und seiner materialistisch begründeten Folgenabschätzung auf die aktuelle Lage der Europäischen Union schaut, gewinnt man den Eindruck, dass politische Kräfte wie AfD, FPÖ, Lega Nord (jetzt Lega), PVV, Front National (jetzt Rassemblement National), Fidesz und PiS sich auf einen Punkt

stellen, der auf der anderen Seite einer bruchlosen Entwicklung steht. Sie nutzen zwar allesamt die technischen Möglichkeiten der Digitalisierung, soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram und Twitter (teils sehr professionell), wollen aber den Folgen dieses Nutzens nicht ins Gesicht schauen. Sie sehen in dem Rückbau der Union und dem Rückzug auf den Nationalstaat eine Lösung. Sie schauen auf die Vergangenheit und romantisieren Volk, Nation und Vaterland. Doch Union und Nation ist nicht der treibende politische Gegensatz der Gegenwart, es ist die digitale Entwicklung und ihre globalen Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Wer diese nicht will, muss sich gegen die Digitalisierung wenden.

Die Marxsche Dialektik ist auch heute eine zentrale Wurzel im politischen Selbstverständnis der LINKEN. Ihr zentraler Gegenstand ist die materialistische Philosophie

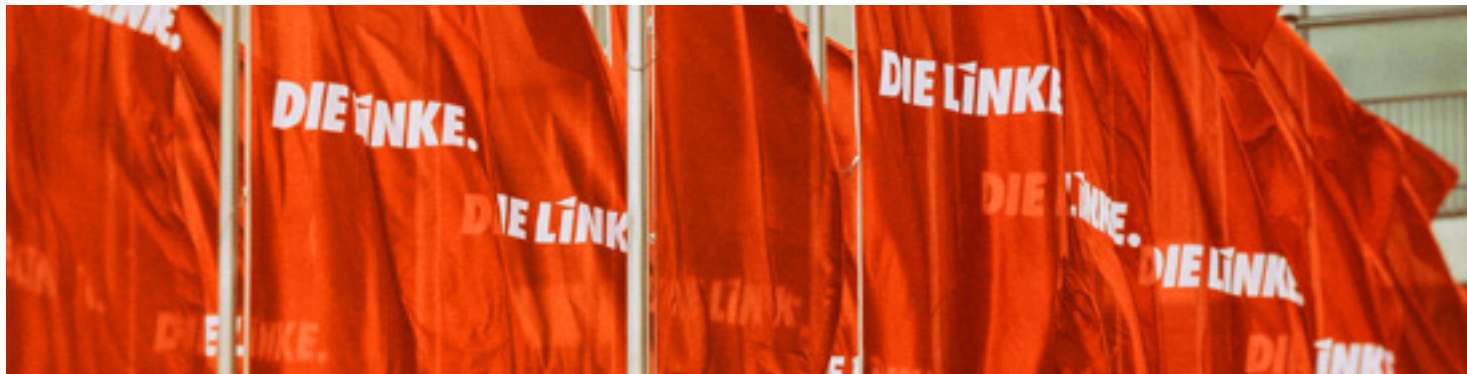
und ihre Folgenlogik. Der Antagonismus von Kapital und Arbeit in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen spielt darin die Hauptrolle. In seiner Aufhebung liegt der Schlüssel zur Beantwortung der Sozialen Frage. Im Zusammenhang mit dem Digitalen Kapitalismus reden wir zumeist über den Wandel der Arbeit und der Arbeitsplätze. Unterbeleuchtet bleibt die Diskussion über den Wandel des Kapitals und seiner Erscheinungsformen.

Nicht nur Digitale Währungen wie Bitcoin, auch der Euro kann als eine zeitgemäße Wandelform des Kapitals gesehen werden. Bei all den Veränderungen der letzten 150 Jahre wäre Marx heute vermutlich einer der eifrigsten Vorkämpfer für eine Europäische LINKE, um dem Kapital in der sozialen Frage ein starkes Paroli bieten zu können.

*Thomas Nord*  
MdB/DIE LINKE

# Die Mühen der Ebene stehen uns bevor

Am 23.03.2018 fand die 3. Tagung des 6. Kreisparteitages statt, die als Gesamtmitgliederversammlung durchgeführt wurde. Im Mittelpunkt stand die Auswertung des Wahlkampfes zur OB – Wahl.



Genosse René Wilke, der mit viel Beifall bedacht wurde, spannte einen Bogen von der Amtszeit von Fritz Krause über die früheren Kandidaturen von Frank Hammer und Axel Henschke und den damaligen Wahlkämpfen des Stadtverbandes der Partei bis zur jetzigen ersten erfolgreichen Wahl eines Oberbürgermeisters, der Mitglied der Partei DIE LINKE ist.

Er schätzte ein, dass wir mit einer engagierten Mannschaft von Linken und Grünen und den vielen aktiven Genossinnen und Genossen einen fairen Wahlkampf geführt, keine Ängste und keinen Hass geschürt, bei vielen Menschen Hoffnungen geweckt haben und bei nicht wenigen die Bereitschaft, mitzutun für ein „Frankfurt geht besser“. Der erste Schritt ist getan, nun folgt die eigentliche Arbeit.

Neue und schwierige Aufgaben stehen bevor, u. a. muss ein neuer Kreisvorsitzender/eine neue Kreisvorsitzende gewählt werden, die Stadtfraktion muss umgebaut werden und sie hat sich dem Anspruch zu stellen, mit ihren Möglichkeiten dem OB zur Seite zu stehen. Bei der Umsetzung des Wahlprogramms sind schwierige Entscheidungen zu treffen, es steht eine langwierige und zähe Arbeit bevor, die auch harte Auseinandersetzungen einschließt.

Trotzdem muss es gelingen, mit den demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten im Interesse der Stadtentwicklung. An die Genossinnen und Genossen gewandt baut René Wilke auf deren Solidarität, auf ihre kritische Begleitung und auf ihre Unterstützung und bittet um Vertrauensvorschuss, der notwendig ist bei den schwierigen Entscheidungen in der Zukunft.

In der Diskussion wurden sowohl die Aktivitäten während des Wahlkampfes veranschaulicht als auch die Notwendigkeit begründet, den Weg fortzusetzen, so viele Bürger wie möglich einzubeziehen. Gerade unter den nun neuen Anforderungen sollten der Kreisverbandes und die Fraktion alles daran setzen, Probleme und Wege zu ihrer Lösung ausdiskutieren, Entscheidungen demokratisch zu treffen und gemeinsam umzusetzen, also keine Spaltung zuzulassen und erst dann an die Öffentlichkeit gehen, wenn Klarheit vorliegt.

Im zweiten Tagesordnungspunkt berichteten die Genossen Tom Berthold, Frank Hühner und Jan Augustyniak von der Wahl und den Beschlüssen des Landesparteitages.

Auf der 3. Tagung des 6. Parteitages am 23.03.2018 wurde als dritter Tagesordnungspunkt der Antrag des Kreisvorstandes „Grundsatzpapier zum Brückenfest“ vorgestellt, diskutiert und angenommen. Zu seiner Erarbeitung war der Kreisvorstand auf dem Kreisparteitag im Oktober beauftragt worden. Die AG Brückenfest, die im vergangenen Jahr gebildet wurde, diskutierte im Vorfeld grundsätzliche Wege zum Ziel, zur Ausgestaltung und Durchführung des Brückenfestes und konkretisierte die damit verbundenen Aufgaben. Die erarbeiteten Vorschläge wurden dem Kreisvorstand übergeben.

Die Säulen des Brückenfestes sind: Die Kooperation und Zusammenarbeit mit dem DGB und seinen Gewerkschaften, der Kindervereinigung und dem Depot 2004 e.V.

Das Politzentrum der LINKEN als Zentrum zur Darstellung unserer politischen Arbeit, Bücher- und Kuchenstand die enge Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und Initiativen, die ihre Arbeit vorstellen ein vielfältiges Kulturprogramm und die Bereitstellung eines gastronomischen Angebots.

Im November des jeweiligen Jahres werden zwischen dem Kreisvorstand und der AG Brückenfest grundsätzliche Festlegungen für das kommende Brückenfest getroffen. Vorzug des Grundsatzpapiers ist es, dass es den jeweiligen Bedingungen angepasst und dann vom Kreisvorstand dem Kreisparteitag vorgelegt werden kann. Mit dieser Herangehensweise sollen eine ganzjährige, kontinuierliche Vorbereitung abgesichert, Verantwortlichkeiten und Aufgabenverteilung gewährleistet werden.

Somit besteht für jede Genossin und jeden Genossen, für jede BO ein sicheres Fundament, sich nach seinen Möglichkeiten einzubringen. Die aktive Vorbereitung und Durchführung bleiben das A und O. In der Diskussion zu dem Antrag ergriffen vier Genossinnen und Genossen das Wort. Im Ergebnis wurde der Antrag grundsätzlich bestätigt, jedoch mit der Verpflichtung, dass der Kreisvorstand nachträglich soziale und ökologische Ziele, die in der Diskussion eingebracht wurden, einarbeitet.

*Sonnhild Grünberg, Elke Thiele*

# Signal aus Frankfurt: Kein "Weiter so"

## Große Koalition mit neoliberalen Kurs, wehren wir uns

Nach der Bundestagswahl übertrafen sich die Politiker und Medien ein halbes Jahr mit Spekulationen über Möglichkeiten der Regierungsbildung sowie über den Inhalt eines Koalitionsvertrages. Letzteres vor allem ausgelöst durch Versprechungen des Kanzlerkandidaten der SPD Martin Schulz. Am Ende stand die Wiederauflage einer nun kleineren Großen Koalition, resultierend aus den beträchtlichen Stimmenverlusten der CDU/CSU und der SPD.

DIE LINKE behauptete sich mit einem Stimmenzuwachs in den westlichen Bundesländern. Sie tritt getreu ihrem Wahlprogramm für eine friedliche Außenpolitik, für Abrüstung und einen Sozialstaat, gegen Rassismus und Neonazismus ein und ist damit die einzige Partei im Bundestag, die in Opposition zur neoliberalen Politik steht.

Die Arbeitsgrundlage der Großen Koalition ist eine Koalitionsvereinbarung des „Weiter so“, mit neoliberalen Vorhaben, die im Widerspruch zu den Interessen einer Mehrheit bzw. eines großen Teils der Bundesbürger stehen. Außenpolitisch ist der Koalitionsvertrag ein Aufrüstungsvertrag. Die Bundesregierung will, wie es im Text verklausuliert steht, „dem Zielkorridor der NATO folgen“. Der schreibt vor, 2 % der Wirtschaftsleistung in die Aufrüstung zu investieren. Damit werden die jährlichen Rüstungsausgaben von 37 Mrd.€ auf 75 Mrd. € erhöht. Die ersten Gesetzesvorlagen der Bundesregierung dienen der Verlängerung diverser Auslandseinsätze der Bundeswehr. Nach 13 Jahren Kriegsbeteiligung in Afghanistan wird das deutsche Militärkontingent erneut aufgestockt, dabei ist keines der erklärten Ziele Frieden, Demokratie, Aufbau der Wirtschaft auch nur annähernd erreicht worden.

Im Irak soll die Bundeswehr nun nun landesweit präsent sein. Die „Zielmarkierung“ für US-Bomber wird durch Aufklärer der Bundeswehr in Syrien und im Irak weiter betrieben. Während Bundesinnenminister Seehofer mit neuen Initiativen zur Verschärfung der Migrationspolitik, damit auch Forderungen der AfD bedie-

rend, öffentlich hervortritt, hüllt sich der für Entwicklungshilfe zuständige Minister über ein Programm zur Beseitigung der Fluchtursachen in Afrika in Schweigen. Die BRD kommt bisher der Aufforderung der UNO, 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe einzusetzen, nicht nach.

Der Koalitionsvertrag erfüllt keineswegs die Erwartungen der 13 Millionen Menschen, die an der Armutsgrenze leben, bedingt durch Niedriglohn, Leiharbeit und andere prekäre Arbeitsverhältnisse, und nicht der Familien, in denen etwa 2 Millionen Kinder von Hartz IV abhängig sind. Etwa 1,5 Millionen sind ständige Benutzer der Tafeln. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) erklärt, dass in Deutschland keiner zu hungern braucht. Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) lehnt mit Hinweis auf den Koalitionsvereinbarung die Abschaffung von Hartz IV ab.

Derartige Äußerungen machen deutlich, dass die Bundesregierung für Soziales keinen Handlungsbedarf sieht. Maßgebend für diese Regierung ist nur, dass die Dividenden der Großaktionäre sprudeln und die Millionenvermögen wachsen. Die schrittweise Erhöhung des Kindergeldes um 25 € (Hartz-IV-Empfängern wird diese Erhöhung angerechnet, also der Bezug entsprechend gekürzt) die Einführung einer Grundrente oberhalb 10 % der Grundsicherung u. a. sind Trostpflaster, die nichts an der Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich ändern, wobei die Schere immer größer wird.

Wer ein dringend notwendiges Konzept zur Gestaltung der Rahmenbedingungen in der Alterspflege erwartet hat, wird enttäuscht. In diesem Bereich arbeiten etwa 1,1 Millionen Beschäftigte, vor allem Frauen. Sie sind wegen der zu geringen Personaldecke oft überfordert und werden außerdem noch schlecht bezahlt. Mit den vorgeschlagenen 8000 zusätzlichen Fachkräften für 1100 Pflegeeinrichtungen wird sich unter Regie von Jens Spahn weder für die zu Pflegenden noch für die Beschäftigten etwas grundsätzlich ändern. Springers Zeitung „Die Welt“ schrieb

bereits 2015, dass sich mit Pflegeheimen reichlich Profit machen lasse, und empfahl deutsche Pflegeheime als „Kapitalanlage mit hohen Gewinnchancen“. DIE LINKE ist im Bundestag, den Landtagen und Kommunen gefordert, gemeinsam mit den Sozialverbänden und Gewerkschaften gegen neoliberale Politik, für Frieden und sozialstaatliche Regelungen zu kämpfen.

In unserer Stadt nimmt die Erkenntnis zu, dass es so wie bisher nicht weitergehen darf. Ausdruck dafür ist, dass 11.332 Wählerinnen und Wähler (62,5 %) in der Stichwahl den Kandidaten der linksgrünen Listenvereinigung René Wilke zum Oberbürgermeister wählten. Ein Oberbürgermeister kann die Rahmenbedingungen der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht außer Kraft setzen. Sein Vorhaben, die vorhandenen Handlungsräume besser zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger zu nutzen, findet viel Zustimmung.

René Wilke vertraut dabei nicht zuletzt auf den Rat und die Mitarbeit der Frankfurter. Ein überzeugenden Schritt war die Ausarbeitung seines Wahlprogramms „Frankfurt geht besser“ in drei Zukunftswerkstätten gemeinsam mit etwa 180 Frankfurtern, ergänzt mit den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger aus vielen Gesprächen in Familien und Vereinen.

Unserem zukünftigen Oberbürgermeister René Wilke Vertrauen und große Unterstützung!

*Horst Dahlmann*

### Information der Kreisgeschäftsstelle

**Die Abrechnung von Spenden- und Beitragslisten, die Barzahlung von Mitgliedsbeiträgen und Spenden sowie die Beantragung von Auslagererstattungen ist an nachfolgend aufgeführten Terminen in der Kreisgeschäftsstelle möglich:**

Donnerstag, 26. April 2018

Mittwoch, 09. Mai 2018

Donnerstag, 24. Mai 2018

**jeweils 13:30 bis 16:00 Uhr**

# Für eine Welt ohne Krieg

Rede von Frank Hühner, Vorsitzender des DGB Stadtverbandes Frankfurt (Oder) zum Ostermarsch 2018 in Frankfurt (Oder), Sonntag, 01.04.2018,

Liebe Ostermarschiererinnen, liebe Ostermarschierer,

anknüpfend an die 60jährige Tradition der Ostermärsche, sind wir heute zusammengekommen, um auch aus Frankfurt (Oder) ein breites Zeichen des Friedenswillens zu setzen. Das Bedürfnis nach Frieden, nach einer friedlichen Gesellschaft, die in der Lage ist vorhandenen Konflikte jenseits der Kriegslogik zu lösen, ist unser aller Ziel. Seit 73 Jahren gab es keinen Krieg in Mittel-Europa und es sollte unser aller Ziel sein, diesen Zustand beizubehalten.

Unter dem Eindruck der zwei Weltkriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts heißt es in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen, dass man entschlossen sei „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“. Warum die Menschheit erst so unermessliche Schrecken erleiden musste, um sich länderübergreifend auf eine solche Charta zu verständigen ist für mich unbegreiflich.

Kriege prägen die Geschichte der Menschheit und trotz aller Aufrufe sich von der Gewalt abzuwenden, zogen die Menschen immer wieder in Kriege, wie dem vor 400 Jahren, im Jahr 1618 begonnenen 30. jährigen Krieg, der mit verheerenden Folgen über Europa zog und die Gesellschaften in ihrer Entwicklung zurückwarf. Und auch heute, trotz der Charta der Vereinten Nationen, trotz dem Wissen über die Folgen des Krieges, erleben wir ein stetiges Aufrüsten und eine Perfektionierung der Tötungs- und Vernichtungsinstrumente.

Die aktuelle Weltpolitik ist von einem immer breiter werdenden Säbelrasseln gekennzeichnet, bei dem Diktatoren und Nationalpopulisten mit umfassenden Machtbefugnissen androhen Meinungsverschiedenheiten und Konflikte mit dem Einsatz ihres militärischen Vernichtungs-

potentials zu lösen. Und der Weg von verbaler Gewaltandrohung bis zum Einsatz der ersten Bomben ist oft nicht weit. Insbesondere dann nicht, wenn sich den Kriegstreibern niemand entgegengestellt. Deswegen sind wir heute zusammengekommen, um unser Zeichen gegen die Kriegswilligen und Kriegstreiber unter den Mächtigen zu setzen und ihnen deutlich entgegenzuschleudern „Wir wollen Frieden. Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus!“ Wir fordern eine aktive Friedens- und Sicherheitspolitik. Wir fordern eine Welt, in der die Menschen nicht gezwungen werden ihre Heimat, ihre gewohnte



Umgebung aufgrund eines Krieges zu verlassen, um ihr Leben zu schützen. Da ich meinem heutigen Beitrag unter den Augen von Karl Marx halte, fühle ich mich verpflichtet über das übliche Maß hinaus die ökonomischen Gründe hervorzuheben, die vielfach mit der Kriegslogik verbunden sind. Karl Marx, an dessen 200 Geburtstag wir in diesem Jahr erinnern, gehört sicher zu einem der schärfsten Kritiker einer Wirtschaftsweise, die wir Kapitalismus nennen.

Eine Wirtschaftsweise, ein politisch ökonomisches System, dessen Ziel es nicht ist, den von den vereinten Nationen geforderten „sozialen Fortschritt“, verbunden mit „einem besseren Lebensstandard in größerer Freiheit“, zu erreichen. Der Industrie-Kapitalismus, den

Marx Mitte des vorletzten Jahrhunderts bei seiner Analyse vor Augen hatte, ist in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend zu einem weltweiten Finanzmarktkapitalismus übergegangen, mit dem das kapitalistische Grundprinzip der Profitsteigerung nicht aufgehoben wurde. Soziale Ungerechtigkeit und die ungleiche Verteilung des gesellschaftlich erzeugten Reichtums haben weiter zugenommen. Weltweit müssen immer mehr Menschen in Armut verharren ohne dass sich ein Ausweg aus ihrer Lebenslage aufzeigt. Zu der absoluten Armut im Globalen Süden kommt verstärkt die relative Armut, von der insbesondere Menschen in den entwickelten Industrieländern betroffen, beziehungsweise bedroht sind. Diese, vom Kapitalismus erzeugte Elendsfalle, treibt viele Menschen in die Arme nationalpopulistischer Rattenfänger, die Lösungen versprechen, die innerhalb des bestehenden Systems nicht greifen werden.

So werden zwischenzeitliche Erfolge, wie sie vielleicht mit den US Einfuhrzöllen auf Stahl- und Aluminiumerzeugnissen erreicht werden, nur eine kurze Verschnaufpause für die Beschäftigten in der US Stahl- und Aluminium-Industrie darstellen. Das politisch ökonomische System des Kapitalismus wird sie einholen und die geglaubten Sicherheiten werden vernichtet werden. Von Nationalpopulisten ist nur Missgunst, Ausgrenzung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu erwarten - sonst nichts. Die vom globalen kapitalistischen System erzeugten sozialen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten können nur mit einer globalen Solidarität überwunden werden. Nationalistische Alleingänge sind allenfalls in der Lage kurzfristige Verbesserungen herbeizuführen. In den von Marx und Engels gewählten Worten im vor 150 Jahren verfassten Manifest der Kommunistischen Partei wäre auch zu sagen »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« Diese Worte

mögen einigen antiquiert erscheinen, aber ich empfehle die Beschäftigung mit dieser Aussage im Sinne einer Übertragung des Kerngehalts in die heutige Zeit. Die Ausgebeuteten und Erniedrigten, die die Frieden und eine sozial gerechte Welt wollen, müssen ihre Stimme erheben und den Ausbeutern und Kriegstreibern solidarisch für eine bessere Welt entgegenzutreten. Als Gewerkschafter sein mir an dieser Stelle noch erlaubt, auf ein äußerst wichtiges Instrument hinzuweisen, das den Beschäftigten in den Betrieben eine Stimme verleiht - die Betriebsräte. In diesen Wochen

wählen die Beschäftigten in den Betrieben ihre Betriebsräte, die ihre Interessen gegenüber den Arbeitgebern in den nächsten vier Jahren vertreten. Ich fordere alle auf sich an den Betriebswahlen zu beteiligen und mit ihrer Stimme die Arbeit der Betriebsräte zu unterstützen. Denn eine breite Unterstützung der Beschäftigten stärkt die Betriebsräte in ihrer Arbeit. Solltet ihr in Betrieben beschäftigt sein, die keinen Betriebsrat haben, so unterstützten euch die Gewerkschaften gern bei der Errichtung eines Betriebsrates. Demokratische Beteiligung darf nicht an den

Betriebstoren enden. Treten wir weiterhin gemeinsam und solidarisch den Nationalpopulisten, Rassisten, Ausbeutern und Kriegstreibern entgegen und setzen uns gemeinsam ein für: eine Welt ohne Krieg eine Welt des sozialen Fortschritts eine Welt in der die Würde des Menschen unantastbar ist und bleibt. Ich danke für ihre und eure Aufmerksamkeit.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

## Polnisches Institut Berlin stellte sich vor

Die Teilnehmer an der Aprilveranstaltung der Deutsch – Polnischen Seniorenakademie begrüßten die derzeitige Direktorin der genannten Einrichtung, Frau Bochwic-Ivanowska, die das Institut vorstellte. Es existiert seit 1956 und ist dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen angegliedert.

Dazu gehören 25 Einrichtungen in aller Welt, zwei davon in Deutschland: in Berlin, mit einer Filiale in Leipzig, und in Düsseldorf. Deren Hauptaufgabe besteht darin, die Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Länder, dort lebende Ausländer sowie Kulturschaffende, Künstler und Institutionen anzusprechen, die an einem Austausch mit Polen interessiert sind. Dabei geht es nicht nur um kulturelle Aspekte, sondern es sollen vielfältige Einblicke in das Leben dieses Landes gewährt werden. Anlässe sind zum Beispiel Jahrestage, Feierlichkeiten in Polen, auch Themen der UNESCO. So wurde eine Konferenz zum Leben des

polnischen Augenarztes I. Zamenhof organisiert, der die Welthilfssprache Esperanto begründete. In Zusammenarbeit mit dem Warschauer Institut zur Verbreitung der polnischen Kultur wurde eine Ausstellung zu Design und Plakaten eingerichtet, womit der 100. Jahrestag der Wiederersterhebung des unabhängigen Polens gewürdigt wurde.

Das Jahr 2018 wurde zum Jahr der polnischen Wissenschaft ausgerufen. Der Beitrag der Berliner Einrichtung besteht darin, dass ein Roboter den Spaziergang der Teilnehmer bei der „Langen Nacht der Wissenschaft“ führen wird. Weiterhin gehören zu dem Aufgabenfeld die Organisation des Festivals „Film Polska“, Mitwirkung bei der Dok Leipzig und beim Filmfestival des osteuropäischen Films in Cottbus, die Präsentation polnischer Filme in Kooperation mit Universitäten.

Im Domizil in der Burgstraße in der Nähe des Hackeschen Marktes besteht eine Bibliothek mit 40 000 Bänden, vorwiegend

Belletristik, 600 polnischen Filmen sowie anderen Medien. Seit drei Monaten werden gemeinsam mit der Humboldt – Universität Lesungen im Rahmen des Projektes Literatur Polska organisiert. Jährlich werden von 50 – 60 Schulen Bildungsprojekte genutzt. Neues gibt es auch in Form von Press – Polska. Hier werden über das Internet und über Facebook Artikel zu aktuellen Geschehnissen und Themen veröffentlicht und Diskussionen mit kontroversen Standpunkten aus deutschen Medien ausgelöst. Somit versteht sich das Polnische Institut Berlin als Mittler, Plattform und kompetenter Ansprechpartner für alle, die neugierig sind auf unser Nachbarland.

Elke Thiele

### IMPRESSUM

#### DER ROTE HAHN

Informationsblatt der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

#### Herausgeber

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)  
Kreisvorsitzender Thomas Nord  
Zehmeplatz 11  
15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: (0335) 4002047  
Fax: (0335) 4002031

**Email:**  
geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de  
**Internet:** www.dielinke-ffo.de  
**Facebook:**  
https://facebook.com/dielinkeffo

**Spendenkonto:**  
KontoinhaberIn:  
**DIE LINKE. Frankfurt (Oder)**  
IBAN:  
**DE73 1705 0500 3200 6168 99**  
BIC: **WELADED1LOS**

bei der **Sparkasse Oder-Spree**  
Kennwort: **Spende**

**Kontakt:**  
DER ROTE HAHN  
Ansprechpartner: Jan Augustyniak

**Email:**  
der-rote-hahn@dielinke-ffo.de  
Beiträge bitte an diese Adresse  
senden!

**Druck:** Eigendruck

**Auflage:** 500

**Nächste Ausgabe:**  
31.05.2018

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:** 25.05.2018

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.

Die Rechte an den Bildern liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet,

bei DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt (Oder).

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier. Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.

